

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Direktion für Wirtschaftspolitik
Holzikofenweg 36
3003 Bern

Bern, 12.09.2022 / CW
VL Investitionsprüfung

Per Mail an:

wp-sekretariat@seco.admin.ch

Bundesgesetz über die Prüfung ausländischer Investitionen

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen lehnt die Einführung von Investitionsprüfungen ab. Entsprechend klar hat sich die FDP in beiden Räten gegen die Motion [18.3021](#) Rieder „Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen“ gestellt, welche dem hiermit vorgeschlagenen Bundesgesetz zugrunde liegt. Die FDP bleibt dabei: Die geplanten Investitionsprüfungen sind unnötig, stehen im Widerspruch zur bewährten Aussenwirtschaftspolitik und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsstandorts.

Die Schweiz gehört weltweit zu den zehn grössten Kapitalexporteuren und profitiert selbst auch massiv von Investitionen aus dem Ausland. Doch diese wirtschaftliche Offenheit wird hier aufs Spiel gesetzt, indem ausländische Investitionen pauschal als schädlich und gefährlich abgestempelt werden. Das ist nicht nur inhaltlich falsch, sondern solche protektionistische und rückwärtsgerichtete Bestrebungen senden auch politisch ein schlechtes Signal an ausländische Investoren, die massgeblich zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand in der Schweiz beitragen. So wäre bei der Einführung von staatlichen Investitionsprüfungen zu befürchten, dass wichtige Handelspartner ihrerseits Gegenmassnahmen beschliessen und Schweizer Unternehmen in ihren Märkten kontrollieren oder gar einschränken. Der weitgehende Staatsbesitz bei kritischen Infrastrukturen bietet bereits heute einen angemessenen Schutz vor allfälligen Gefährdungen oder Bedrohungen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit der Schweiz. Die Schweiz braucht kein neues Bürokratiemonster, welches den Standort Schweiz weiter unter Druck setzt.

Nachfolgende Aspekte der beantragten Neuregelung lehnt die FDP insbesondere ab. Zum einen fällt das Prüfverfahren in die heikle Zeit zwischen *signing* und *closing* und die dreimonatige Frist kann nicht immer vom Bundesrat eingehalten werden. Dies führt zu erheblicher Rechtsunsicherheit und kann potenziell auch enorme wirtschaftliche Kosten für die betroffenen Unternehmen zur Folge haben. Zudem schießt die Vorlage grundsätzlich über das Ziel hinaus: Im Parlament drehte sich die Diskussion um staatliche oder staatsnahe Unternehmen. Deshalb ist nicht nachvollziehbar, weshalb privatwirtschaftliche Unternehmen nicht von der Prüfpflicht ausgenommen werden und sich die Vorlage nicht nur auf Unternehmen in sicherheitsrelevanten Sektoren beschränkt. Des Weiteren sind die Bagatellschwellen so tief angesetzt, dass sogar kleine und mittlere Unternehmen der Prüfpflicht unterliegen würden. Widersprüchlich ist auch die Ausnahme von der Investitionsprüfung für natürliche Personen aus EU/EFTA-Mitgliedsländern, welche jedoch nicht für in diesen Ländern ansässige Unternehmen gilt.

Anstatt zum vermeintlichen Schutz der Schweiz vor ausländischen Investitionen auf massive Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit zu setzen, wäre es viel sinnvoller, zielführendere und gezieltere Massnahmen mit einem besseren Kosten-Nutzen-Verhältnis zu ergreifen. Aus diesen Gründen beantragt die FDP, die Vorlage als Ganzes abzulehnen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun